Next:Public

Studie belegt deutliche Souveränitätslücken

[16.12.2025] Die öffentliche Verwaltung aller Ebenen ist stark von außereuropäischen IT-Anbietern abhängig. Eine neue Studie unterfüttert diesen Befund erstmals mit konkreten Zahlen. Vor allem bei Standardsoftware zeigt sich ein struktureller Lock-in. Die Umstellung von On-Premise-Systemen auf Cloud-Dienste könnte ein möglicher Ausweg sein.

Die Abhängigkeit von außereuropäischen IT-Anbietern – mit Implikationen wie Daten- und Ausfallsicherheit, steigenden Lizenzkosten und Stagnation der technologischen Weiterentwicklung – ist in der aktuellen Debatte über die digitale Verwaltungstransformation sehr präsent. Doch wie steht es wirklich um die digitale Souveränität von Bund, Länder und Kommunen? Die Beratungsagentur Next:Public hat jetzt eine Studie veröffentlicht, die dieser Frage erstmals umfassend nachgeht. Das Souveränitätsbarometer der öffentlichen IT erfasst systematisch, wie Verwaltungen ihre Abhängigkeiten, ihre Gestaltungsspielräume und ihre technologische Basis einschätzen. Dabei wird deutlich: Die digitale Unabhängigkeit der Verwaltung ist in zentralen Bereichen stark eingeschränkt. 65 Prozent der Befragten sehen eine starke oder sehr starke Abhängigkeit von außereuropäischen IT-Anbietern – bei Kommunen sogar 70 Prozent. Die Zahlen zeigen, dass digitale Souveränität in vielen Bereichen noch nicht gewährleistet ist.

Standardsoftware ist ein Nadelöhr

Die stärksten Abhängigkeiten bestehen dort, wo tägliche Verwaltungsarbeit stattfindet: bei Bürosoftware (81 Prozent), Betriebssystemen (77 Prozent) und Kollaborationstools (47 Prozent). Fachverfahren bilden die Ausnahme – hier nutzen viele Verwaltungen nationale oder selbst entwickelte Lösungen. Der operative Alltag bleibt damit ein zentraler Schwachpunkt für die digitale Souveränität, so Next:Public. Nur eine sehr kleine Minderheit der Verwaltungen kann IT-Lösungen flexibel wechseln. Technische Komplexität, fehlende Alternativen und hohe Wechselkosten schaffen strukturelle Barrieren. Mehr als 40 Prozent können weniger als ein Viertel ihrer Fachverfahren intern oder über öffentliche IT-Dienstleister anpassen. Fehlende Ressourcen und Kompetenzen verstärken diesen Zustand weiter. Zwei Drittel bewerten ihre Wechselmöglichkeiten bei internationalen IT-Lösungen als unflexibel oder sehr unflexibel.

Cloud-Transformation als Chance

Die aktuelle IT-Infrastruktur ist weitgehend noch nicht cloudifiziert. In der Cloud-Transformation, die in vielen Verwaltungen gerade erst am Anfang steht, sieht Next:Public eine zentrale Herausforderung und zugleich eine strategische Chance. Wenn souveräne Cloud-Angebote aus Deutschland und Europa – sowohl von öffentlichen IT-Dienstleistern als auch von privatwirtschaftlichen Anbietern – systematisch gestärkt würden, könne die Verwaltung zugleich moderner, sicherer und unabhängiger werden. Für den bevorstehenden Wandel hin zu Cloud-Diensten „brauchen wir klare politische und technische Rahmenbedingungen, starke öffentliche IT-Dienstleister und souveräne europäische Cloud-Angebote. Verwaltungen sollten solche Alternativen dort, wo sie verfügbar sind, mit angemessenem Gewicht in ihren Vergabe- und Auswahlprozessen berücksichtigen. Die kommenden Jahre sind entscheidend“, betont Next:Public-Geschäftsführer Carsten Köppl.

Die Studie basiert auf einer quantitativen Befragung von IT-Verantwortlichen aus Bund, Ländern und Kommunen. Sie geht zurück auf eine Initiative von Next:Public mit Unterstützung der Partner Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT), Next, Dataport, govdigital, Infora, MACH und Materna.

(sib)

Stichwörter: Digitale Souveränität, Next:Public, Studie